

---

Wissenschaftliche Arbeiten  
aus dem Burgenland Heft 95  
Sigel WAB 95

Burgenland 1921  
Anfänge, Übergänge, Aufbau  
„Schlaininger Gespräche 1991“

Eisenstadt 1996  
Österreich

---

BOŽENA VRANJEŠ-ŠOLJAN

## Die Frage des sogenannten slawischen Korridors aus kroatisch/südslawischer Sicht

Das Ende des Ersten Weltkrieges brachte auf der politischen Karte Europas Änderungen mit sich. Der erzielte Waffenstillstand bedeutete auch einen Sieg der ehemaligen nationalen Minderheiten jener verschiedenartigen Volksgruppen, die im russischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Reich das Bewußtsein ihrer eigenen Individualität im Laufe der Jahrhunderte nicht verloren hatten.

Auf dem Gebiet der erwähnten Reiche wurden nach dem Ersten Weltkrieg etwa zehn Staaten gebildet, davon acht neue. Am Anfang fehlten den neuen Staaten exakt definierbare Grenzen, weil sie ihr Entstehen bloß dem Nationalitätsprinzip verdankten. Die Anwendung dieses Prinzips in der Praxis erwies sich jedoch als nicht geeignet, weil es überall in Europa Grenzgebiete gab mit gemischter Bevölkerung, mit unterschiedlicher Konfession, Sprache und Tradition. Deshalb blieb die Grundfrage offen - wie kann man die Grenze der neuen Staaten bestimmen, ohne die Minderheiten zu unterdrücken? Die zweite, nicht weniger wichtige Frage war: wie kann man eine Situation vermeiden, in der die Minderheiten selber zum Keim des Widerstandes und der Unruhen werden?<sup>1</sup>

Gewiß beriefen sich die entstehenden Staaten nicht einzig und allein auf das nationale Recht. Sie beriefen sich auch auf ihre wirtschaftlichen und strategischen Interessen. Einige forderten sogar die Anerkennung ihrer „historischen“ Rechte. Die Mischung der Bevölkerung war ihrer Meinung nach oft das Resultat der Kolonisation, die von den ehemaligen Herrschern durchgeführt worden war, und sie forderten die Beseitigung des Unrechts durch die Beendigung „der hundertjährigen Besetzung“<sup>2</sup> Mit einem Wort: die neuen Staaten strebten nach Erweiterung ihrer Gebiete auf Kosten der Besiegten, wobei einige bei der Bestimmung der Grenzen Rivalen wurden, weil sie jeweils das gleiche Gebiet für sich beanspruchten.

---

<sup>1</sup> P. *Renouvin*, *Evropska kriza i prvi svjetski rat*, Zagreb 1965, 543. Vgl. B. *Jelavich*, *history of the Balkans. Twentieth Century*, Cambridge University Press 1983, 63-71, 143-157; V. *Ibler*, *Rječnik međunarodnog javnog prava*, Zagreb 1987. *ibidem*, 543.

Der Völkerbund, gegründet auf Wilsons Initiative, übernahm jedoch die verantwortungsvolle Aufgabe, eine „Allgemeine Völkerassoziation zu gründen, um gegenseitige Garantien der politischen Unabhängigkeit und der territorialen Integrität zu gewähren“<sup>3</sup>

Diese Idee wurde nur bedingt angenommen, weil die Mehrheit der Staaten vor der permanenten Unveränderlichkeit der Grenzen Angst hatte. Es war auch so, daß man nur in wenigen Fällen die Grenzen als definitiv betrachten konnte, und zwar dort, wo die geographischen Grenzen genau mit den nationalen Gefühlen übereinstimmten. Deshalb deckten die Friedensverträge diese wichtige Aufgabe ab.

Der Zerfall der Österreichisch-Ungarischen Monarchie gab den Südslawen die Chance zur Verwirklichung ihrer Unabhängigkeit ganz im Sinne des Rechts auf Selbstbestimmung der Völker. Es besteht kein Zweifel daran, daß das Nationalitätenproblem eine der Hauptursachen war, die zu einer schnelleren und leichteren Zerstörung der Konstruktion der österreichisch-ungarischen Organisationen im Jahre 1918 beitrugen. Die Nationalitätenfrage überschattete alle anderen nicht weniger schwierigen Probleme, vom Beginn der Monarchie bis zu ihrem Zerfall im Jahre 1918. Obwohl sich die Nationalitätsfrage im politischen Leben dieser staatlichen Gemeinschaft verschiedentlich manifestierte, bedeutete das nicht, daß sie bei einem Volk leichter als beim anderen zu lösen war. Man versuchte sie aufgrund des Naturrechts zu lösen, als Frage der Freiheit jeden Volkes innerhalb des Staates.

Die allgemein ungünstige Lage der Kroaten unter der Herrschaft der Habsburger war deshalb entstanden, weil die Kroaten auf mehrere politisch-territoriale Einheiten aufgeteilt waren: auf Kernkroatien (Banus-Kroatien), Dalmatien, Istrien, Triest, Rijeka, Bosnien, Herzegowina und Ungarn. Neben politisch-juridischen Verschiedenheiten einzelner Gebiete trennte die Kroaten auch die Grenze zwischen den Hälften der Monarchie mit politischen, rechtlichen und anderen Merkmalen, die wesentlich verschieden waren. Das dualistische System wurde schon Anfang der zwanziger Jahre des 19. Jahrhunderts von verschiedenen Seiten untergraben und bedroht: sowohl in seinen eigenen Institutionen von ungarischer Seite, als auch seitens der tschechischen Opposition, als stärkstem Gegner des Dualismus.<sup>4</sup>

Bis zum Ende des Ersten Weltkriegs konnte die tschechische Opposition, obwohl sie stark war, keine anderen Völker, insbesondere die slawischen, um sich versammeln, weil ihre Kräfte für eine erfolgreiche Hilfe bei der Ablehnung der deutschen Übermacht nicht ausreichten. Trotzdem gelang es der tschechischen Opposition schließlich eine Krise im österreichischen Teil der Monarchie hervorzurufen. Ihre politischen Bestrebungen fanden einen positiven Anklang bei den südslawischen Völkern (Kroaten, Serben, Slowenen).

---

<sup>3</sup> ibidem, 550.

R. Lovrenčić, Geneza politike „novog kursa“, Zagreb 1972, 18.

Deshalb fanden sich auch viele Studenten aus südslawischen Ländern zum Studium in Prag ein. Viele davon wurden später namhafte Politiker, die in ihrer engeren Heimat eine bedeutende Rolle im öffentlichen Leben spielen sollten. Obwohl Anfang des 20. Jahrhunderts diese Zusammenarbeit noch sporadisch und ohne einen festen Rahmen war, nahmen die Ideen über die Anwendung der tschechischen Formen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Errungenschaften in diesem Kampf ständig zu und fielen auf fruchtbaren Boden. Es war eigentlich nicht sehr schwer, diese Ideen in den südslawischen Ländern der Monarchie zu implementieren, wenn man die lebendige Tradition der slawischen Wechselbeziehungen bedenkt, die insbesondere im engeren Kroatien zur Zeit des Illyrismus aktuell war. Diese Zusammenarbeit sollte sich während des Ersten Weltkrieges verbreitern. Trotz der ungünstigen Bedingungen in Bezug auf politische Tätigkeit, Unterordnung und Zersplitterung bereiteten die kroatischen Politiker zusammen mit den tschechischen Politikern das Terrain für die Änderung der politischen Linie vor, und zwar zur Änderung der Ordnung in der Monarchie.

Es muß betont werden, daß der Krieg 1914-1918 die Bedingungen geschaffen hat, unter welchen die Auffassungen der politischen Kräfte im südslawischen Gebiet und der prinzipiellen Standpunkte über die Lösung einzelner Nationalitätenfragen als politische Aktion konkretisiert werden mußten. Dies wurde auf mehreren Ebenen und aus unterschiedlicher Sicht in Bezug auf die Lösung der Nationalitätsfrage durchgeführt. Eine solche Lösung versuchte das Jugoslawische Komitee<sup>5</sup> durch seine Gründung Anfang 1914 zu erwirken. Diese politische Organisation kroatischer, serbischer und slowenischer Emigranten aus Österreich-Ungarn leitete die Aktion der Befreiung südslawischer Gebiete und deren Vereinigung mit Serbien und Montenegro. Die meisten Mitglieder dieses Komitees behaupteten, daß diese Vereinigung nicht als Folge der territorialen Konzession seitens der Entente-Kräfte an Serbien und zugunsten der serbischen Aktion erfolgen sollte, sondern daß sei auch das Resultat der autonomen Entscheidung dieser Länder selbst sein sollte.<sup>6</sup>

Aufgrund der Erneuerung des politischen Lebens und nach der Amnestie<sup>7</sup> des Kaisers für politische Gefangene im Jahre 1917 kehrten viele Mitglieder der im Zentrum der tschechischen Politik reif gewordenen nationalen Vorkriegsjugend nach Zagreb zurück und wehrten sich gegen die deutsche Vorherrschaft in der Monarchie.<sup>8</sup> Zagreb wurde zum lebendigen Zentrum der politischen Versammlungen und die Politiker strebten danach, ihrer Ideologie Ausdruck zu verleihen, in dem sie alte Parteiblätter wieder aktivierten und neu auflegten. Neben informativen Tageszeitungen erschienen „Obzor“ - das ehemalige Parteiblatt der Nationalpartei, „Hrvatska riječ“, das Parteiblatt der kroatisch-serbischen Koalition, das rechtsgerichtete Blatt „Hrvatska država“, „Novine“, das Partei-

---

Vgl. N. Staničić, Jugoslavenska i južnoslavenska ideja. Enciklopedija Jugoslavije 6, 1990, 128-144. ibidem, 142.

J. Horvat, Politička povijest Hrvatske 1918-1929, Zagreb 1938, 21-22.

R. Lovrenčić, Geneza ..., 43.

blatt der Volkspartei, die „Wochenzeitschrift „Dom“, das Parteiblatt der Bauernpartei, das sein Erscheinen auch während des Krieges nicht eingestellt hatte, und weitere Zeitungen und Zeitschriften, in denen künftige politische Ziele dargestellt wurden.

Ohne Rücksicht auf die verschiedenen Zielsetzungen und das äußerst unbestimmte Schicksal der Monarchie kann man feststellen, daß allen der Gedanke über die Neuordnung der Habsburgischen Monarchie nahe lag. Trotz dieser fast einstimmigen Überzeugung differenzierten sich allmählich die Politiker, je nach Taktik, die sie in Bezug auf die Verwirklichung des Nationalitätsprogramms vertraten. Die führende Position beim Sammeln der kroatischen politischen Kräfte gehörte der Kroatischen Rechtspartei von Ante Starčević. Durch Annahme der Idee der nationalen Einheit jugoslawischer Völker wurde sie zum Träger der Aktion und Begründer der Idee des Nationalrates<sup>9</sup> sowie des Beschlusses, daß sich der Jugoslawische Klub im Reichsrat noch enger mit den tschechischen Parlamentariern verbinden müßte. Mit diesem Ziel schlossen sich kroatische Politiker in Prag 1918 der gemeinsamen Aktion der Politiker der slawischen Völker aus der Monarchie an.<sup>10</sup> Ihr Treffen in Prag 1918 stand im Zeichen der Betonung der Übereinstimmung der tschechischen und jugoslawischen Politiker mit dem Ziel der Schaffung politischer Verhältnisse in der Monarchie, die den slawischen Völkern selbständige und souveräne Staaten sichern würden. Einer der anwesenden Politiker hob anläßlich einer Versammlung der kroatischen Politiker in Prag unter anderem auch folgendes hervor: „Vor siebzig Jahren, 1848, kamen die Söhne unseres Volkes nach Prag, um die Monarchie zu erhalten. jetzt kommen wir, um uns selbst zu erhalten.“<sup>11</sup> Dieser Bund wurde unter dem Motto „Treue für Treue“ geschlossen.

Die sogenannte „Mai-Deklaration“ des Jugoslawischen Klubs im Reichsrat ging von der Idee der jugoslawischen nationalen Einheit aus. Sie forderte die Gründung eines Staates, der die Länder der Habsburgischen Monarchie aufgrund der nationalen Rechte und der Kontinuität des kroatischen nationalen Rechtes vereinen würde. Mit anderen Staaten wäre die Monarchie durch die Personalunion verbunden. Mit dieser Deklaration suchte man also die Lösung innerhalb der Monarchie. Sie wurde aber schnell wegen der Ablehnung der dualistischen Ordnung durch die führenden Personen in der Monarchie abgeändert sowie wegen der politischen Situation, hervorgerufen durch die Oktoberrevolution in Rußland und wegen des sowjetischen Vorschlags für einen Friedensschluß ohne Annexion aufgrund des Rechts der Völker auf Selbstbestimmung.

Die erwähnten Gründe radikalisierten den Standpunkt des Entwurfes über die Lösung der Nationalitätsfrage der jugoslawischen Völker so, daß diese die Lösung dieser Frage auf Selbstbestimmung nur mehr außerhalb der Monarchie sahen. Diesen Standpunkt nahmen die slowenischen, kroatischen, serbischen und moslemischen politischen Kräfte ein. Ihr Zusammentreffen in Zagreb im März 1918 resultierte in der Forderung

---

<sup>9</sup> J. Horvat, *Politička povijest ...*, 35.  
ibidem, 40.  
ibidem, 40.

nach Konstituierung eines föderalen Staates der südslawischen Völker außerhalb der Monarchie.<sup>12</sup>

Danach begann der Prozeß der Gründung von neuen Vertretungskörpern in den einzelnen Monarchieteilen (Volksratsversammlungen). Anfang Oktober 1918 wurde die Volksratsversammlung der Slowenen, Kroaten und Serben gegründet. Mit der Proklamation des Abbruchs der staatlich rechtlichen Beziehungen zwischen Kroatien einerseits und der Monarchie andererseits, proklamierte das Kroatische Parlament Kroatiens Beitritt zum Staat der Slowenen, Kroaten und Serben. Die Absicht der in der Volksratsversammlung versammelten Kräfte war zweifach: die legale Macht der zerstörten Monarchie in diesen Gebieten zu beenden, und zweitens diesen Teil des ethnischen Raumes der südslawischen Völker vor den Ansprüchen Italiens, Ungarns und Österreichs zu sichern. Es muß auch betont werden, daß die meisten dieser politischen Kräfte durch die Gründung des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben die Bedingungen schaffen wollten, in welchen es diesen Gebieten und ganz besonders dem slowenischen und kroatischen Volk ermöglicht wäre, eine Entscheidung über die Vereinigung mit Serbien und Montenegro durch ihren souveränen Willen und aufgrund des Prinzips der Selbstbestimmung zu treffen und bei diesen Entscheidungen über die künftige innere Ordnung des Staates gleichberechtigt zu sein. Die kurz geschilderten Verhältnisse, in denen die politischen Kräfte bei der Entstehung des neuen Staates der jugoslawischen Völker wirkten, zeigen nur einen kleinen Teil der Problematik auf, mit der sie von Anfang an zu tun hatten. In der darauffolgenden Zeit kämpften die Betreiber der jugoslawischen Vereinigung für die Eingliederung ganzer slowenischer und kroatischer ethnischer Gebiete in den neuen Staat. Gleichzeitig lagen die Vorkämpfer der zentralistischen beziehungsweise föderalen Auffassung hinsichtlich der inneren Ordnung des Staates im Wettstreit.

Es wurde schließlich aus dem Staat der Slowenen, Kroaten und Serben, beziehungsweise dem Königreich Jugoslawien eine merkwürdige Mischung aus idealisierten und unerfüllten Wünschen der Einzelteile ein Land, in welchem infolge des zentralistischen und unitaristischen Konzeptes der staatlichen Politik ganze Völker brutal rechtlos wurden, und wo man im Einklang mit dieser Konzeption um jeden Preis aus den kulturell und politisch schon sehr lange gebildeten Nationen ein Volk schaffen wollte.

Es ist zu betonen, daß die Idee der Gründung eines jugoslawischen Staates - die wir als Lösung der jugoslawischen Frage ausgelegt haben - nicht Teil der Vorstellungen der Entente war. Es scheint vielmehr glaubhaft zu sein, daß die bestimmenden Kräfte in der Entente nicht die Zerstückelung von Österreich-Ungarn wollten, sondern daß sie es eventuell verkleinert und umgeordnet erhalten wollten. Niemand unter den bestimmenden Kräften in der Entente wollte Jugoslawien - einen Staat, entstanden durch die Vereinigung jugoslawischer Länder Österreich-Ungarns mit Serbien und Montenegro

außerhalb der Monarchie.<sup>13</sup> Es hat sich sogar zum Ende des Krieges gezeigt, daß die Entente-Mächte trotz aller Pläne, heimlichen Gespräche und außenpolitischen Vereinbarungen, die sich auf die Zukunft von Österreich und Ungarn bezogen, nur eine Verkleinerung und nicht die Vernichtung beziehungsweise Liquidierung der Monarchie in Betracht zogen.

Seit seinem Entstehen war die Lage des neuen jugoslawischen Staates unstabil und geprägt von einer tiefen inneren und außenpolitischen Krise. Jugoslawien lag mit den meisten Nachbarländern wegen der Grenzen in Streit. Diese sollten von der Friedenskonferenz in Paris bestimmt werden. Bei der erwähnten Konferenz hat sich die Möglichkeit einer Korrektur der Grenzen ergeben, die zwischen den österreichisch-ungarischen Hälften der Monarchie - der Cisleithania und Transleithania im Jahre 1867 gezogen worden waren.<sup>14</sup>

Im Mittelpunkt stand die Frage der künftigen territorialen Zugehörigkeit des westungarischen Grenzgebietes. Dieses Territorium war zur Zeit des Zusammenbruchs Österreich-Ungarns größtenteils von nichtungarischer Bevölkerung besiedelt. Weil es von Deutschen und Kroaten besiedelt war, wurde es zum Zankapfel zwischen Österreich und Ungarn. Es scheint aber, daß diesem Gebiet schon ein Jahrzehnt früher eine separate politisch-territoriale Aufgabe zugeteilt wurde, eine Aufgabe, die in der neueren Geschichte als Aufgabe des sogenannten Territoriums bekannt wurde. Die Frage des Korridors ist zwar in der kroatischen Geschichtsschreibung erwähnt,<sup>15</sup> aber sie ist noch nicht eindeutig geklärt. Es ist noch immer umstritten, ob die Idee des Korridors das Resultat der gemeinsamen Überlegungen der kroatisch-jugoslawischen und der tschechischen Politiker war. Die Entstehung der Idee eines Korridors ist nicht ganz klar. Es ist aber wahrscheinlich, daß diese Idee in der ersten Etappe der ideologischen Beziehung von Prager und Zagreber beziehungsweise jugoslawischen Studenten geboren wurde, bekannt auch als Mitglieder der Fortschrittsarmee, die sich in der politischen Öffentlichkeit für „Aktion und Opfer“<sup>16</sup> bereit erklärt hatten. Dem Kreise der Fortschrittsarmee gehörten Stjepan Radič, Ivan Lorkovič, Lav Mazzura, Zivan Bertič und andere an.<sup>17</sup> Tomáš Masaryk übte entscheidenden politischen Einfluß auf sie aus. In den Ideen Masaryks, dem Begründer des tschechischen Staates suchten und fanden sie die Richtung der momentanen und der künftigen politischen Tätigkeit.

---

<sup>13</sup> B. Krizman, Vanjska politika jugoslavenske države 1918-1941, Zagreb 1975, 5.  
B. Krizman, Gradišće na Pariškoj mirovnoj konferenciji 1919-1920. „Nastava povijesti“ 4, 1974, 30.  
Vgl. M. Valentič, Gradišćanski Hrvati od XVI stoljeća a do danas. Zagreb 1970; M. Valentič, Novija povijest Gradišćanskih Hrvata. Gradišćanski Hrvati, Zagreb 1974; B. Vranješ, Novinstvo gradišćanskih Hrvata do drugog svjetskog rata. „Radovi“ 8, 1976, 365-414; B. Krizman, Gradišće na Pariškoj mirovnoj konferenciji 1919-1920. „Nastava povijesti“ 4, 1974, 30-42.  
R. Lovrenčić, Geneza ..., 41.  
B. Krizman, Gradišće ..., 31.

Unmittelbar vor seiner Emigration vor dem Ersten Weltkrieg hat Masaryk Lorkovič,<sup>18</sup> der einflußreichen Spitzenfigur der kroatisch-serbischen Koalition, der regierenden politischen Partei Kroatiens, seinen Plan des Korridors zwischen dem künftigen tschechischen Staat und Jugoslawien erläutert. Dieser sollte über das Territorium Westungarns verlaufen, Bratislava mit Varaždin beziehungsweise die Donau mit der Drau verbinden, längs des Territoriums von Westungarn (östlich der durch den Ausgleich 1867 bestimmten Grenze), das auch von Kroaten besiedelt war.<sup>19</sup> Bei dieser Begegnung gab Masaryk zu, daß der Korridor nicht sein Plan sei, und daß er ihn nicht als realistisch erachte.<sup>20</sup> In seinen Erinnerungen erwähnt Masaryk die zweite Begegnung mit Lorkovič in Wien, anläßlich welcher Lorkovič angeblich seine Auffassung des Korridors konkretisiert hat und zwar so, daß er ihn in die Landkarte eingezeichnet hat, und daß er einen statistischen Überblick über die kroatischen Siedlungen auf diesem Gebiet gegeben hat.<sup>21</sup>

Aus derselben Quelle erfahren wir von einer positiven Einstellung gegenüber dem geplanten Korridor auch auf Seiten der Mehrheit der Mitglieder des kroatischen Teils des Jugoslawischen Komitees, mit denen sich Masaryk in Rom getroffen hatte. Ante Trumbić, der Präsident des Jugoslawischen Komitees, hatte Bedenken hinsichtlich Masaryks Vorschlag „über die territoriale Kontinuität zwischen uns im Süden und der Tschechoslowakei im Norden“ geäußert.<sup>22</sup>

Im Gegensatz zu den Interessen der kroatischen und tschechischen Politiker betreffend die Verwirklichung des Korridors, setzten offizielle serbische Kreise nicht einmal in ihren allergrößten territorialen Ansprüchen seine Verwirklichung als realistisch voraus. Dieser Vorschlag wurde weder 1917 im Elaborat<sup>23</sup> über die künftigen Grenzen gemacht, das Nikola Pašić dem Oberkommando in Solun sandte, noch im Memorandum der serbischen Regierung über die nationalen Forderungen aus dem Jahre 1918.<sup>24</sup>

Die Idee des Korridors stirbt nicht mit dem Ende des Ersten Weltkrieges. Betreiber bleiben jene Politiker, die mit wechselnder Intensität die Beziehungen mit den tschechischen Politikern aufrecht hielten. Natürlich war Stjepan Radič, der Begründer der Kroatischen Volks-Bauern-Partei, der bedeutendste unter ihnen. Später wurde diese Partei Kroatische Republikanische Bauernpartei genannt. Seine Aktivität bezüglich des Korridors schilderte er in den „Politischen Akten“. <sup>25</sup> Es ist interessant, daß Stjepan Radič den Plan über den Korridor erst Ende 1918 erwähnte, als er „seine dritte Reise nach Prag im

---

<sup>18</sup> ibidem, 31.

<sup>19</sup> ibidem, 31.

<sup>20</sup> ibidem, 31.

<sup>21</sup> ibidem, 31.

Vgl. D. Sepić, Trumbićev „Dnevnik“ „Historijski pregled“ 2, 1959, 183.

B. Krizman, Gradišće ..., 32-33.

ibidem, 33.

Vgl. S. Radič, Politički spisi. Autobiografija. „Moj treći ut u Prag u godini 1918. radi spoja Hrvatske s Češkom“ Clanci, govori, rasprave. Priredio Z. Kulundžić Zagreb 1971, 91-92.

Jahre 1918 zwecks Verbindung Kroatiens mit der Tschechoslowakei“ beschreibt. Diese Reise unternahm er Anfang Dezember und zwar nach der formellen Proklamation des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben, was eigentlich bedeutete, daß man in den Kreisen der tschechischen und kroatischen Politiker noch immer mit einer Möglichkeit der Verwirklichung dieser Idee rechnete. Radič beabsichtigte, wie er betonte, „den tschechischen offiziellen Kreisen die Grundlage zu erläutern, die er mit dem Chef der serbischen Militärmission Dušan Simović ausarbeitete und aufgrund dessen unsere Kroaten aus Medimurje mit den Kroaten aus dem sg. Korridor zwischen Požun, dem heutigen Bratislava, und Varaždin, also zwischen der Slowakei und Kroatien, die Aufgabe hatten, eine ständige und freie wirtschaftliche Bahnverbindung zwischen der Tschechoslowakei und Jugoslawien zu sichern.“<sup>26</sup> Es ist interessant, die Frage zu stellen, wie Stjepan Radič diese Grundlage vorbereitet hat und worauf sie basierte. Radič selbst spricht nämlich in seinen „Politischen Akten“ nicht über die Details dieser Aktion, die am Ende mit einem Mißerfolg ausging.

Der Delegierte des serbischen Oberkommandos Dušan Simović erreichte auf Vermittlung von Stjepan Radič beim Nationalkomitee die Überstellung einer tschechischen Brigade samt deren Kommandanten, die aus Albanien über Sarajevo in die Tschechoslowakei zurückkehren sollten. Radič nützte den Augenblick aus, mit Hilfe von Dušan Simović seine Absicht so zu verwirklichen, daß die Brigade mit Genehmigung des Volkskomitees und unter dem Vorwand, zu Fuß Richtung Varaždin-Čakovec-Szombathely-Bratislava zu marschieren, den nördlichen Teil des künftigen Korridors besetzen sollte. Simović schlug vor, daß die Truppen des Volkskomitees, wenn nötig der tschechischen Brigade bei dieser Aktion helfen sollten, und daß sie gleichzeitig Medimurje, Prekomurje und die südlichen Teile des Korridorgebietes besetzen sollten.<sup>27</sup> Dieser Vorschlag scheiterte, nachdem ihn die Regierung in Zagreb verwarf und anordnete, die tschechische Brigade zu entwaffnen und sie per Bahn über Maribor, Graz und Wien nach Hause zu schicken.<sup>28</sup> Trotz dieses nicht gelungenen Versuchs bemühte sich Radič um die Fortsetzung dieser Aktion, obwohl es offensichtlich war, daß sie immer weniger Chancen hatte. Radič schrieb den Mißerfolg seiner Mission in Prag nicht der tschechischen Seite zu, sondern betonte, daß die einflußreichen Politiker der tschechischen Regierung und der Außenpolitik seine Idee begeistert annahmen und sogar technische und organisatorische Details über ihre Durchführung vereinbarten. Die Idee wurde in Kroatien vereitelt, denn er erfuhr, daß „Svetozar Pribičević (Polizeiminister) die ganze Sache zum Scheitern brachte, weil sie keinen Sinn hatte“<sup>29</sup> Es scheint, daß sich Radič dessen bewußt war, daß jene unitaristisch-zentralistischen Mächte seine Aktion eigentlich vereitelten, die schon in den ersten Tagen nach der Vereinigung die Richtung ihrer Innen-

---

<sup>26</sup> ibidem, 91.

B. Krizman, Gradišće ..., 35.

ibidem, 35; vgl. auch B. Boan, Stjepan Radič - opus, utjecaji i dodiri. „Radovi“ 22, 1989, 187.

S. Radič, Politički spisi ..., 92.

politik zeigten. Deshalb bedauerte er zutiefst das Ereignis, das sich am 5. Dezember 1918 abspielte, „als die kroatischen Soldaten auf dem Jelačić-Platz als gewöhnliche Rebelln niedergeschossen wurden“ und so eigentlich „jede moralische Grundlage für ein so großes Projekt genommen haben“<sup>30</sup>

Diese mißlungene Aktion änderte jedoch nicht den Standpunkt von Radič über das Bedürfnis der Korridorgründung. Radič fand die Voraussetzung für dessen Verwirklichung auf internationalem Plan. Er glaubte, daß in der Friedenskonferenz in Paris nicht nur die internationale Grenze des künftigen Staates, sondern auch dessen innere Ordnung aufgrund der Prinzipien, die Wilson den europäischen Völkern versprach, bestimmt würden. In diesem Sinne solle auch das Memorandum betrachtet werden, das er persönlich Präsident Wilson sandte und womit er die Selbstbestimmung des kroatischen Volkes forderte. Im programmatischen Artikel „Republica“, veröffentlicht im Blatt „Dom“, aktualisierte er wieder die Frage des Korridors, indem er behauptete, daß „es schon ganz bestimmt ist, daß Kroatien über Medimurje und Prekomurje und an der Donau bei Požun an die Tschechoslowakei grenzen wird“<sup>31</sup>

Die Frage des Korridors war in der kroatischen Presse präsent, ganz besonders während der Dauer der Friedenskonferenz in Paris. Der Einfluß einzelner Länder sollte über die Änderung der globalen Verhältnisse in Europa, besonders im Donaugebiet und auf dem Balkan entscheiden. Deshalb versuchten einzelne Parteiblätter, die öffentliche Meinung für jene politischen Lösungen zu gewinnen, die ihre Parteiobermänner vertraten. Das Blatt „Obzor“, das den Standpunkten der regierenden Koalition nahe stand, berichtete über die Friedenskonferenz in Paris und verfolgte mit Sympathie die Bemühungen der tschechoslowakischen Politiker um die Gründung des Korridors. „Obzor“ unterstützte jene Richtung, die die Gründung des neuen staatlichen Territoriums für die slawischen Völker der Monarchie anstrebte, ohne seine antiösterreichische Stellung zu verbergen. Deshalb verstehen wir sein Interesse für die Lösung der Frage der Abgrenzung des Territoriums der westungarischen Gespanschaften, was sich als eine der dringendsten Fragen aufdrängte, und sie bezog sich auch auf die Problematik des Korridors. Dieses Thema wurde ausführlich in der österreichischen und in der ungarischen Presse erörtert. Mit dieser Frage wurden natürlich auch die Interessen der kroatischen Minderheit umschrieben, die diesen Raum seit mehr als vier Jahrhunderten bewohnte und deren Bestrebungen sowie politische und gesellschaftliche Lage in Kroatien wenig bekannt waren. „Obzor“ war neben „Dom“, dem Blatt von Radič, eines der wenigen Blätter, die von Zeit zu Zeit die Öffentlichkeit über die Probleme der kroatischen Diaspora informierten. Im Augenblick der politischen Änderungen unterstützte das Blatt die Kroaten in ihrem Widerstand gegen österreichische Aspirationen auf die erwähnten Gespanschaften, weil auf diesem Gebiet neben einer ungarischen Minderheit Deutsche lebten. In der Nummer

---

<sup>30</sup> ibidem, 92.

S. Radič, Republika ili slobodna narodna država i konstituanta ili narodni revolucionarni sabor. „Dom“, br. 52, 31. 12. 1918; vgl. auch S. Radič, Politički spisi ..., 343.

vom 21. November 1918 wurde der Artikel von Stephan Pinezič aus Ödenburg veröffentlicht, einem der politischen Prominenten unter den Kroaten in Westungarn und Redakteur ihres Parteiblattes „Naše novine“, das in der westungarischen Stadt Raab gedruckt wurde. Obwohl die Quelle nicht angegeben wurde, ist es sehr wahrscheinlich, daß „Obzor“ den erwähnten Artikel aus „Naše novine“ übertrug. Gerade etwa zu dieser Zeit begann unter den westungarischen Kroaten jene politische Aktion, die „Naše novine“ durch die Gründung des Kroatischen Volksrates in Bewegung setzte. Dies war ein politischer Versuch, die Kroaten innerhalb der Option des Bleibens im Rahmen Ungarns zu versammeln. „Wir dürfen nicht gestatten, daß Deutsche auf Kroaten ihre Netze werfen“ - überträgt „Obzor“ die Worte von Pinezič als Appell - „weil dieses Volk, das durch Jahrhunderte in Ungarn die Eigenschaften seiner Sprache und seiner Kultur bewahren konnte, im Meer des deutschen Volkes versinken würde“, teilte man der alten Heimat mit.<sup>32</sup>

Es muß betont werden, daß die Kroaten aus Westungarn durch die Frage des Korridors ganz unerwartet in die europäische politische Nachkriegsordnung eingedrungen sind. Politische Änderungen zwangen sie, sich politisch zu organisieren. Einfluß übte darauf die sehr lebhaft propagierte Propaganda der österreichischen und ungarischen Seite aus, so daß man den Eindruck bekam, daß die Kroaten aus Westungarn das Zünglein an der Waage wären, das heißt, daß es in großen Maßen von ihrem Verhalten abhängig wäre, ob die eine oder die andere Propaganda Erfolg haben würde.<sup>33</sup> Es ist interessant, daß die Kroaten das Korridorprojekt entschlossen ablehnten, weil sie Angst vor der Spaltung ihres ethnischen Korpus hatten. In der Öffentlichkeit sagten sie aus, daß „die eine Hälfte des Stammes (das heißt des Korridors) die Tschechen und die andere Hälfte die Kroaten nehmen würden“, und daß sie deshalb „ihr Korridor, ihr Gang, durch welchen die Tschechen und die Kroaten hin und her gehen würden“,<sup>34</sup> nicht sein wollten.

Es gab mehrere Gründe dafür. Die Kroaten befürchteten eine Lösung, die sie in den staatlich-politischen Rahmen des künftigen Österreichs placieren würde, weil sie glaubten, daß diese Lösung ihnen weniger Perspektiven für die Bewahrung der kroatischen Identität sichern würde. Eine kleine Schicht, vorwiegend kirchliche Intelligenz, war dem Programm der Christlichsozialen Partei nahe und äußerte in „Naše novine“ Mißtrauen gegenüber dem Programm der österreichischen Sozialdemokratischen Partei, welche, falls sie an die Macht kommen sollte, angeblich ihre Rechte als Minderheit beschneiden, den Sektor der privaten Unternehmungen reduzieren und den Religionsunterricht in den Schulen verbieten könnte u. ä.<sup>35</sup> Im Glauben, daß sie von zwei Übeln das geringere wählten, rief „Naše novine“ die Kroaten zum Widerstand auf, falls die tschechische Armee diese Gebiete zu erobern versuchen würde.<sup>36</sup>

---

<sup>32</sup> S. Pinezič, Njemačko svojatanje zapadne Ugarske. Šopronjska županija, Hrvati i njemački zahtjevi. „Obzor“ od 21. 11. 1918.

M. Valentič, Gradišćanski Hrvati ..., 32-33.

<sup>34</sup> „Naše novine“ 47, 1918, 1.

<sup>35</sup> B. Vranješ, Novinstvo ..., 374.

<sup>36</sup> „Naše novine“ 47, 1918, 1.

„Obzor“ verfolgte ständig die vielseitige Tätigkeit der tschechischen Politiker. Deren dynamisch, energische und beharrliche Aktivität konnte der Meinung des Blattes nach den Kroaten als Beispiel dienen, weil tschechische politische Kräfte jene Ziele erreichen konnten, die kroatische und tschechische Politiker in den Fokus ihrer Bestrebungen stellten. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß „Obzor“, Teile der Rede aus einer Sitzung in der Staatsversammlung der Tschechoslowakischen Republik den folgenden Gedanken auch übertrug: „Deshalb werden wir danach streben, daß wir in freundschaftliche Beziehungen mit unseren slawischen Nachbarn treten, dies besonders mit Polen und Jugoslawien (...). Daß wir uns eine unmittelbare Grenze mit dem jugoslawischen Staat schaffen, es ist ein natürliches Bedürfnis, daß wir eine künstliche Verbindung, das heißt einen Korridor erschaffen. Das wäre der kürzeste Weg“<sup>37</sup>

„Obzor“ stellt mit Bezug auf den Jahrestag der Versammlung der tschechischen und kroatischen Politiker in Prag im März 1918 fest, als sie unter dem Motto „Treue für Treue“ gemeinsam die Monarchie zu zerstören versuchten, daß nach der Gründung neuer Staaten auf dem Gebiet des ehemaligen Österreich-Ungarn jedoch drei wesentliche außenpolitische Fragen offen blieben: erstens, in welches Verhältnis wird der Staat SHS mit Österreich-Ungarn geraten, zweitens, das gegenseitige Verhältnis des jugoslawischen Staates und der Tschechoslowakei, das sich in der Korridorfrage konkretisierte, und drittens, die Frage der Adria-Häfen beziehungsweise die Abgrenzung mit Italien. „Obzor“ betont mit Bezug auf die Korridorfrage: „Die Hauptfrage ist, was die Tschechen über die Donaugebiet-Konföderation meinen, werden sie in diese Konföderation einwilligen wollen, und ob sie wollen, daß auch unser Staat in diese Kombination kommt. Die endliche Liquidation Österreichs und die Korridorfrage zwischen Zagreb und Požun hängen natürlich von der Realisation dieser Idee ab. Wir hoffen, daß es uns gelingen wird, den Verkehr zwischen den Tschechen und uns möglichst bald herzustellen“<sup>38</sup>

Mit Bezug auf die erwähnten offenen Fragen der Außenpolitik des neuen jugoslawischen Staates maß man der Friedenskonferenz in Paris in der kroatischen Öffentlichkeit eine große Bedeutung bei. Man erwartete, daß sie sowohl die Frage Ungarns lösen würde, das in „kürzester Zeit in bolschewistischen Gewässern landete“, als auch die Frage Österreichs, das „ausgenützt und hungrig vor der großen offenen Frage steht, ob es Deutschland beitreten sollte und so das ganze Odium der Entente auf sich übernehmen würde oder auch weiterhin irgendein selbständiges Leben zu führen versuchen sollte“<sup>39</sup>

In den Analysen und Gedanken über außenpolitische Faktoren führten kroatische Politiker vor allem die Rechnung über die Vertiefung der Beziehungen zwischen den Staaten an, die auf den Ruinen der Monarchie entstanden; darunter war die Tschechoslowakei am wichtigsten. Während der ganzen Dauer der Konferenz war es unbestimmt, wie das endgültige Friedensübereinkommen mit den besiegten Ländern aussehen würde,

---

<sup>37</sup> „Obzor“ od 29. 3. 1919.

<sup>38</sup> „Obzor“ od 16. 4. 1919.  
ibidem

beziehungsweise ob die betreffenden Länder dieses akzeptieren würden. „Obzor“ war der Meinung, daß „die Brüderlichkeit der Völker und die slawische Solidarität mit den Tschechen nur eine bloße Geste wäre, wenn sie nicht die Grundlage für eine reale gemeinsame Politik sein würde“<sup>40</sup>

Eine Delegation des neugegründeten Staates der Slowenen, Kroaten und Serben wurde zur Konferenz nach Paris geschickt. Im Ziele der Lösung der territorialen Ansprüche hat die Delegation - für den internen Gebrauch - das Elaborat „Über den Kontakt mit der Republik Tschechoslowakei“ ausgefertigt.<sup>41</sup> Einer ihrer Mitglieder, Dr. Josip Smodlaka, engagierte sich für die Anwendung des ethnischen Prinzips bei der künftigen Bestimmung der Grenzen in der Friedenskonferenz und widersetzte sich der Idee der Gründung eines Korridors zwischen der Tschechoslowakei und dem Staat der Slowenen, Kroaten und Serben. Diese Meinung wurde durch die frühere zurückhaltende Stellungnahme von Ante Trumbič, dem damaligen Außenminister, unterstützt. Die Delegation des Staates der Slowenen, Kroaten und Serben überließ es der tschechoslowakischen Delegation, während der Friedenskonferenz die Idee eines Korridors darzulegen, während sie selbst in ihrem Memorandum über territoriale Ansprüche die Idee des Korridors nicht erwähnte.<sup>42</sup> Dieser Korridor würde, der Darlegung der tschechischen Delegation nach, die Republik Tschechoslowakei vom deutsch-ungarischen Druck befreien, und über ihn würde die eine oder andere Regierung regieren oder der Völkerbund. Dieser Vorschlag der tschechoslowakischen Politiker und danach auch das Memorandum der tschechoslowakischen Regierung in der diplomatisch-staatlichen Prozedur hatte kein positives Endergebnis. Das spezielle Komitee für tschechoslowakische Fragen verwarf auf der Friedenskonferenz den Vorschlag über den Korridor, setzte sich für die Herstellung bestimmter Konventionen ein, womit wirtschaftliche Verbindungen (Bahn- und Schiffsverbindungen) zwischen zwei Staaten gesichert wären.

Aus meiner Darlegung ist erkennbar, daß die Aussichten der tschechischen und slowakischen Politiker, internationale Unterstützung für die Gründung des Korridors zu bekommen, klein waren. Sie waren besonders mit der negativen Stellungnahme der Vereinigten Staaten Amerikas konfrontiert sowie mit dem Veto, das Italien einlegte.<sup>43</sup> So wurden die Idee und der Vorschlag über den Korridor endgültig von der Tagesordnung der Friedenskonferenz in Paris abgesetzt.

---

<sup>40</sup> *ibidem*

B. *Krizman*, *Gradišće ...*, 35-36.

*ibidem*, 36.

*ibidem*, 42.

# ZOBODAT - [www.zobodat.at](http://www.zobodat.at)

Zoologisch-Botanische Datenbank/Zoological-Botanical Database

Digitale Literatur/Digital Literature

Zeitschrift/Journal: [Wissenschaftliche Arbeiten aus dem Burgenland](#)

Jahr/Year: 1996

Band/Volume: [095](#)

Autor(en)/Author(s): Vranjes-Soljan Bozena

Artikel/Article: [Die Frage des sogenannten slawischen Korridors aus kroatisch/südslawischer Sicht. 39-50](#)